

Andreas Boeckh

Erdölrente, Politik und Entwicklung

1. Einleitung

Kein Land der Welt hat länger von einer Bodenrente gelebt als Venezuela und wohl kaum ein anderes Land wird länger davon leben. Wenn man den Übergang des Landes von einem unterentwickelten Agrarexportland zum Erdölland in der Zeit zwischen 1925 und 1930 verortet, dann hat Venezuela bis heute (2010) eine circa achtzigjährige Karriere als Öllrentier hinter sich. Seit 1925 hat das Erdöl mehr als 50% der Exporterlöse eingebracht und seit 1929 haben die staatlichen Einnahmen zu mehr als 50% ihren Ursprung im Ölsektor gehabt (Boeckh 2003: 142). Nach jetzigem Kenntnisstand verfügt Venezuela unter Einrechnung des Schweröls im Orinokobecken mit 360 Mrd. Fass über die größten nachgewiesenen Ölreserven der Welt (Isbell 2007: 3). Vorausgesetzt, dass das Öl auch in der Zukunft ein strategischer Rohstoff sein wird und dass sich die Weltmarktpreise auf einem Niveau bewegen, das eine kommerzielle Nutzung der gigantischen Schwerölreserven im Orinokobecken erlaubt, wird das Land auch für die nächsten 100 Jahre ein Rentier bleiben.

In diesem Beitrag werden die ökonomischen und politischen Prägungen dargestellt, die das Land durch die Ölrente erfahren hat. Der Schwerpunkt liegt auf dem Entwicklungspfad, der das Land seit vielen Jahrzehnten auszeichnet. Dieser ist nicht nur durch ökonomische Parameter charakterisiert, sondern auch durch eigene Muster der politischen Problembearbeitung, durch spezifische Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft sowie paradoxerweise durch immerwährende und vergebliche Versuche, dem Schicksal eines Rentiers zu entkommen. Die dabei gewählte Perspektive lässt weniger die Brüche und Verwerfungen sichtbar werden, die das Land zweifellos auch erlebt hat, sondern die Kontinuitäten, die aus den Folgen der Ölrente resultieren. Dies gilt übrigens auch für die gegenwärtige Regierung, die für sich in Anspruch nimmt, einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit zu bewerkstelligen, die aber stattdessen dabei ist, die Rentenabhängigkeit des Landes auf die Spitze zu treiben. Wenn die Analyse des Zusammenhangs zwischen Öleinnahmen und Entwicklung in Venezuela etwas ergibt, dann ist

es vor allem die Einsicht in die enorme Bedeutung der Pfadabhängigkeit bei einer rentengestützten Entwicklung.

2. Anmerkungen zur Rentenaneignung

In allen Ländern, in denen der Staat Eigentümer der Bodenschätze ist, beansprucht er entweder eine Gebühr für die Ausbeutung der Bodenschätze durch private Unternehmer (*royalties*) oder eine Beteiligung am unternehmerischen Gewinn in Form einer entsprechenden Besteuerung. In diesem unternehmerischen Gewinn kann infolge besonders günstiger Produktionsbedingungen eine Rente enthalten sein (Differenzialrente). Was dann als besonders hoher Gewinn erscheint, enthält in Wahrheit zwei Elemente: den normalen unternehmerischen Gewinn sowie eine Rente.

In den Auseinandersetzungen zwischen den Ölgesellschaften und dem venezolanischen Staat ging es zunächst dem Anschein nach um eine Profitaufteilung, da die Rente nicht gesondert in Erscheinung tritt, sondern nur als außergewöhnlich hoher Profit. Die in diesem Profit enthaltene Rente war Gegenstand der Verteilungskämpfe zwischen dem Staat und den internationalen Ölgesellschaften. Der eigentliche Profit steht über die übliche betriebliche Einkommenssteuer hinaus nicht zur Verteilung an, da sonst keine Investitionen mehr getätigt werden.¹ Nach der Gründung der OPEC (Organisation erdölexportierender Länder) versuchten die darin zusammengeschlossenen Produzentenländer, über die Aneignung der Differenzialrente hinaus eine Monopolrente durchzusetzen, bekanntlich mit beträchtlichem Erfolg (Mommer 1983).

Für meine Analyse ist jedoch die Frage wichtiger, wie die Rente, die sich der Staat angeeignet, an die Gesellschaft weitergeleitet und dort verteilt wird. Im Wesentlichen sind es drei Mechanismen, die hierbei eine Rolle spielen (Mommer 1987). Sehr sichtbar und daher auch am ehesten legitimationsbedürftig ist der Transfer über die Staatsausgaben. In der wissenschaftlichen Literatur und in der Publizistik wird vor allem über diesen Mechanismus diskutiert. Allerdings wird über die Staatsausgaben nur ein geringer Teil

1 Dies trifft auch für die Profite der staatlichen Ölgesellschaft zu, die dem Staat nicht als Rente zur Verfügung stehen bzw. stehen dürfen, wenn nicht die Investitionsfähigkeit dieser Gesellschaft infrage gestellt werden soll. Seit der Verstaatlichung der Ölgesellschaften 1976 stand der venezolanische Staat immer wieder im Verdacht, diese Grenze nicht respektiert zu haben; nicht erst, nachdem die jetzige Regierung die staatliche Ölgesellschaft nach dem Streik des Jahres 2002/2003 wieder unter ihre Kontrolle gebracht hatte, sondern auch schon in den 1980er Jahren (Boeckh 1997: 302).

der Rente an die Gesellschaft verteilt. Andere – und viel bedeutsamere – Mechanismen kommen wegen der Fixierung auf die Staatsausgaben erst gar nicht ins Blickfeld, was auch erklärt, warum große Teile der Gesellschaft der Umverteilung von unten nach oben, die in den 1980er Jahren einsetzte, so hilflos gegenüber standen.

Ein zweiter Mechanismus ist, bzw. war, die chronische Unterbesteuerung, die vor allem der Mittel- und Oberschicht zugutekam. Wegen der hohen Öleinnahmen war eine dem Entwicklungsstand des Landes angemessene interne Besteuerung lange Zeit politisch nicht durchsetzbar. Die Steuerquote (Steuern/BIP) lag noch Anfang der 1980er Jahre bei 9%; in Ländern mit einem vergleichbaren Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei ca. 20% (Purroy 1982: 84). Dieser Verzicht auf Steuern stellte eine Entlastung der besitzenden Schichten dar, einen indirekten Transfer. Aber da dieser Mechanismus ohne theoretische Vorüberlegungen kaum erkennbar ist, wurde er lange Zeit in der venezolanischen Diskussion nicht thematisiert.

Der wichtigste Mechanismus der internen Rentenverteilung ist jedoch die Überbewertung der Währung. Diese stellt den Unternehmern billige Kapitalgüter zur Verfügung – die in Venezuela in der Regel importiert werden müssen – und der Bevölkerung insgesamt billige Konsumgüter. Angesichts der hohen Importabhängigkeit bei Nahrungsmitteln kommt die Überbewertung mehr als jeder andere Mechanismus den unteren Einkommensbezieher zugute, deren Ausgaben überproportional im Bereich der Nahrungsmittel getätigt werden (Boeckh 1988: 648-650).

3. Vom Agrarland zum Ölrentier: Sünden- oder Glücksfall?

Sieht man einmal von Malthus (2006) ab, dann werden seit Adam Smith die Rente und ihre Folgen für die Gesellschaft unter rein kapitalistischen Gesichtspunkten diskutiert. Da Renteneinkommen keine eigenen Leistungen in Form von Arbeit beziehungsweise von Kapitalinvestitionen gegenüberstellen, gelten sie als parasitäres Einkommen, als etwas Anrüchiges und Unanständiges, das den Empfänger korrumpiert. Übertragen auf rentenbeziehende Gesellschaften bedeutet dies, dass diese nicht nur unfähig zu einer regulären kapitalistischen Entwicklung sind, sondern dass sie ebenfalls korrupt werden und in ihren moralischen Fundamenten bedroht sind. In Venezuela bricht daher auch immer wieder die Verzweiflung über die verwerflichen Folgen des Ölreichtums auf. Gegen Ende seines Lebens bezeichnete der Architekt der modernen Ölpolitik des Landes, Juan Pablo Pérez Alfonzo, das Öl als "Exkrement des Teufels" (Pérez Alfonzo 1976).

Dass eine rentenabhängige Entwicklung gravierende Probleme mit sich bringt, ist unbestritten. Alles, was als typisch für eine Rentengesellschaft gilt – die Trennung von Leistung und Belohnung, die Vorstellung, dass die Entwicklung eines Landes vom Zufluss der Rente und nicht so sehr von den eigenen produktiven Anstrengungen abhängt, fiskalische Verantwortungslosigkeit, *rent-seeking* und Korruption, ein exzessives und an metropolitenen Mustern orientiertes Konsumverhalten, eine klientelistische Versorgungsmentalität und Erwartungshaltung – trifft auch für Venezuela zu und findet auf allen Ebenen der Gesellschaft seinen Niederschlag (Briceño León 1985).

Allerdings führt eine moralische Betrachtungsweise schnell in die Irre und ist nicht analytisch. Die Frage muss erlaubt sein, welche Alternativen dem Land zu der Zeit zur Verfügung standen, als es sich auf den Weg zu einer Rentengesellschaft begeben hat. Die Vorstellung, dass Venezuela ein Land gewesen sei, in dem die Menschen zwar arm, aber glücklich und zufrieden von ihrer Hände Arbeit gelebt hätten, eine Vorstellung, die zumindest in der venezolanischen Debatte immer wieder durchschimmert (Uslar Pietri 1984: 212-215), ist eine bukolische Idylle, die mit den Realitäten der Unterentwicklung in Venezuela nichts zu tun hat.

Vor Beginn des Ölbooms war Venezuela ein ökonomisch weitgehend stagnierendes Agrarland, von dessen Exporten – anders als etwa in Brasilien und Argentinien – kaum Impulse für die übrigen Wirtschaftssektoren ausgingen. Die Ölproduktion und die staatlichen Einnahmen aus dem Ölsektor änderten das Entwicklungstempo und das sozioökonomische Entwicklungsmuster innerhalb kürzester Zeit. Das Wirtschaftswachstum zwischen 1920 und 1930 hätte, legte man den Durchschnitt der Ära vor dem Öl zugrunde, 58 Jahre in Anspruch genommen. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung lag in Venezuela bis Mitte der 1920er Jahre bei ca. einem Drittel des durchschnittlichen BIP von Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Chile, Mexiko und Peru. Fünf Jahre später hatte es das Niveau dieser Länder erreicht, um dann bis 1958 dieses um das Doppelte zu übertreffen (Baptista 2006: 5). Die Ölrente, die pro Jahr und pro Kopf der Bevölkerung von 0,11 US\$ im Jahre 1920 bis zum Höhepunkt des Rentenzuflusses zwischen 1974 und 1981 auf US\$ 406,13 angestiegen war, bewirkte ein Wirtschaftswachstum, das deutlich über dem lateinamerikanischen Durchschnitt und auch über dem Durchschnitt der Industrieländer lag (Baptista 1985a: 106).

Entgegen der in Venezuela in der Presse und auch in wissenschaftlichen Publikationen weit verbreiteten Meinung, dass das Renteneinkommen unproduktiv verschwendet worden sei und immer noch wird (siehe zahlreiche

Beiträge in Academia Nacional de Ciencias Económicas 1985), hat der Rentenzuflusses die Kapitalbildung enorm befördert.

Tabelle 1: Jährliches Wachstum von Kapital und Beschäftigung im internationalen Vergleich (in %)

	Kapital	Arbeit	Kapital/Beschäftigung
Kanada 1950-1978	5,76	3,18	2,58
Frankreich 1950-1978	4,71	1,05	3,66
BR Deutschland 1950-1978	6,29	1,60	4,69
Italien 1950-1978	5,08	0,84	4,24
Japan 1950-1978	8,44	1,49	6,95
Großbritannien 1950-1978	4,17	1,24	2,93
USA 1950-1978	4,35	2,39	1,96
Venezuela 1945-1982	8,41	3,12	5,29

Quelle: Baptista (1985a: 129).

Auch bei der Industrieproduktion lagen die jährlichen Zuwachsraten mit 7,1% zwischen 1960 und 1982 weit über denen der Industrieländer und der wichtigsten lateinamerikanischen Staaten (Baptista 1985b: 8). Mit dem spektakulären Wirtschaftswachstum und der Industrialisierung verband sich eine rasche Modernisierung des Landes, die ihren Niederschlag in einer rapiden Urbanisierung sowie in einer stetigen Zunahme der Alphabetisierungsquote und der staatlichen Dienstleistung fand. Dass dieser Modernisierungsschub ohne größere politische Verwerfungen vonstatten ging, war ebenfalls der Ölrente zu verdanken, die integrative Lösungen sozialer Konflikte und die Bildung eines Elitenkonsenses bezüglich der Organisation der politischen Herrschaft und der Verteilung der Ölrente erleichterte (Karl 1987). Zwischen 1945 und heute gab es in Venezuela nur drei gewaltsame Regimewechsel: 1945, 1948 und 1958, wobei zwei davon demokratische Transitionen darstellten (1945 und 1958), was im lateinamerikanischen Vergleich als Ausweis einer enormen politischen Stabilität gelten kann.

4. Rente und Entwicklung: Strategische Kontroversen und Konflikte

4.1 Weichenstellungen

Die Debatte um eine adäquate Nutzung des Ölreichtums setzte in Venezuela schon sehr früh – Mitte der 1920er Jahre – ein. Nachdem klar war, dass das Erdöl für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes eine überragende Rolle

spielen würde, stand die politische Führung vor der Entscheidung, wie damit umzugehen sei. Es war offenkundig, dass das Land weder über die finanziellen noch die technischen Ressourcen verfügte, um das Öl zu fördern und zu vermarkten. Zudem war unstrittig, dass es angesichts des niedrigen Entwicklungsstandes und des fast völligen Fehlens von Industrien wenig sinnvoll wäre, das Öl als billigen Rohstoff für die eigene industrielle Entwicklung zu nutzen. Daraus ergaben sich zwei Schlussfolgerungen: Man musste ausländisches Kapital ins Land holen, das bereit war, die Ölförderung in die Hand zu nehmen, und man musste das Öl verkaufen und dabei darauf achten, einen möglichst großen Anteil an den Öleinnahmen zu erhalten.

Um die internationalen Ölkonzerne für Venezuela zu interessieren, mussten attraktive Konditionen für die Ausbeutung und die Gewinnaufteilung geboten werden. Zu den wegen ihrer kulantesten Konditionen später so viel gescholtenen Konzessionsverträgen der Regierung Gómez (1908-1935) gab es seinerzeit kaum eine Alternative, da die Ölkonzerne zunächst keineswegs vom Produktionspotenzial des Landes überzeugt waren (McBeth 1983). Nachdem sich das Land jedoch zu einem der weltweit führenden Ölproduzenten entwickelt hatte, setzte eine heftige Auseinandersetzung um die Aufteilung der Ölrente ein, die erst mit der Verstaatlichung der Ölfirmen im Jahre 1976 ihren vorläufigen Abschluss fand. Da die frühen Konzessionsverträge ein Besteuerungsverbot enthielten und nur die Zahlung von Abbaugebühren (*royalties*) vorsahen, blieben die Möglichkeiten der venezolanischen Regierung beschränkt.

Als zentrale Weichenstellung für die künftige Entwicklung des Landes erwies sich die 1934 getroffene Entscheidung, die Landeswährung nicht parallel zum US-Dollar abzuwerten. Mit dieser Entscheidung erhöhte sich die Importkapazität des Landes schlagartig. Der venezolanischen Gesellschaft wurden billige Dollars zur Verfügung gestellt, was Investitionen und Konsum nach oben trieb. Zudem versetzte dies dem bereits angeschlagenen traditionellen Agrarexportsektor den Todesstoß, da dieser angesichts der Überbewertung der Landeswährung international noch weniger konkurrenzfähig war als zuvor und fortan nur noch mit staatlichen Subventionen überleben konnte (Roseberry 1983: 132f.). Venezuela befand sich nun auf dem Weg zu einem Monoexporteur. Mit dieser Entscheidung definierte die venezolanische Regierung das Land als Ölproduzent und brachte es endgültig und unwiderruflich auf den Weg eines Ölländers.

Eine zweite Weichenstellung von großer Tragweite war die Durchsetzung der Steuerhoheit auch im Erdölsektor durch das Erdölgesetz der Regie-

rung Medina Angarita im Jahre 1943. Die enorme Ölabhängigkeit der Alliierten im Zweiten Weltkrieg hatte die Voraussetzung dafür geschaffen, dass trotz des erbitterten Widerstands der Ölgesellschaften das für das Land in höchstem Maße nachteilige Besteuerungsverbot aufgehoben werden konnte. Die Gewinnaufteilung zwischen den internationalen Ölgesellschaften und dem venezolanischen Staat, bei der übrigens nicht zwischen Unternehmensgewinnen und Rente unterschieden wird, veränderte sich schlagartig zugunsten des Staates. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 81% bei den Gesellschaften und 19% beim Staat verblieben; danach gingen 60% an den Staat und 40% an die Gesellschaften. Zwischen 1945 und 1958 galt dann die sogenannte 50:50 Regel, die aber gegenüber früher einen gewaltigen Fortschritt darstellte. Der veränderte Verteilungsmodus sowie steigende Ölexporte ließen die Einnahmen des Staates regelrecht explodieren. Zwischen 1940 und 1950 stiegen die Staatseinnahmen aus dem Ölsektor um mehr als das Zehnfache. Es konnte somit kein Zweifel mehr daran bestehen, dass die Frage der Verwendung der Öleinnahmen für das Land von überragender Bedeutung war.

4.2 Staat und privater Sektor

Wenngleich es von Beginn der Ölbonanza bis zur Ausrufung des "Sozialismus das 21. Jahrhunderts" durch Hugo Chávez unumstritten war, dass mit der Ölrente eine kapitalistische Entwicklung gefördert und beschleunigt werden sollte, gab es bezüglich deren Modalitäten und spezifischer Ausgestaltung erhebliche Kontroversen. Die Konflikte drehten sich insbesondere um zwei Aspekte: das Ausmaß der Staatssteuerung und der staatlichen Intervention bei der Nutzung der Rente sowie die Frage, ob die Rente nur für Investitionen eingesetzt oder nicht auch wenigstens teilweise konsumtiv genutzt werden sollte. Die zweite Kontroverse wurde mit dem Putsch von 1945 und der Machtergreifung der *Acción Democrática* (AD) *de facto* zugunsten des mehr distributiv angelegten Konzepts entschieden, wenngleich sie in den Debatten über die Rentenverwendung fortgeführt wurde.

Die erste Kontroverse setzte Anfang der 1940er Jahre ein und ist seitdem ein Dauerthema in den Auseinandersetzungen zwischen dem Staat beziehungsweise Teilen des Staatsapparates² und dem privaten Sektor. Als dem

2 Qualität und Ausmaß der staatlichen Steuerung und des Staatsinterventionismus war seit den 1960er Jahren auch innerhalb des Staatsapparates umstritten. Wirtschafts- und Finanzministerium standen dem privaten Sektor sehr nah beziehungsweise wurden von diesem dominiert, wohingegen die staatliche Planungsbehörde CORDIPLAN und zum Teil auch das Arbeitsministerium etatistische Konzepte hochhielten.

Bezieher der Ölrrente kam dem Staat von Anfang an bei den Entscheidungen über die Nutzung der Rente die zentrale Rolle zu. Der Entwicklungspfad Venezuelas war daher zwangsläufig schon sehr früh stark etatistisch geprägt, wobei das Ausmaß der staatlichen Steuerung und des staatlichen Engagements in der Wirtschaft seit den 1940er Jahren Schwankungen unterlag.

Tabelle 2: Erdölproduktion und Entwicklung der staatlichen Einnahmen aus dem Erdölsektor 1930-1974

Jahr	Produktion (1.000 Fass/Jahr)	Staatseinnahmen (Mio. US\$ zu laufenden Preisen)	Staatlicher Anteil am Gesamtgewinn (in %)
1930	135.246	15,3	19
1935	148.516	19,2	18
1940	183.831	31,5	21
1945	326.404	132,9	58
1950	546.766	330,5	51
1960	1.041.675	887,4	68
1970	1.353.420	1.409,1	78
1974	1.086.240	8.567,0	94

Quelle: Boeckh/Hörmann (1992: 517).

Das Entwicklungsprojekt der Regierung Medina Angarita (1941-1945) wurde derart etatistisch und unter Ausschluss jedweder Beteiligung von gesellschaftlichen Gruppen in Szene gesetzt, dass sich die Unternehmer zur Abwehr dieser Tendenzen 1944 erstmals zu einer sektorenübergreifenden nationalen Interessenvereinigung (FEDECAMARAS) zusammenfanden (Rivas Aguilar 1987). Mit der nachfolgenden – 1945 durch Putsch an die Macht gekommenen und von der *Acción Democrática* dominierten – Regierung kamen die Unternehmer trotz deren gewerkschaftsfreundlicher Haltung, einer populistischen Verteilungspolitik und eines sich rasch ausdifferenzierenden staatlichen Interventionsinstrumentariums weitaus besser zurecht, da diese viel eher einem pluralistischen Politikansatz folgte³ und die entsprechenden Partizipationskanäle schuf.⁴ Für FEDECAMARAS war dies ein

3 In einer Rede vor der FEDECAMARAS brachte der provisorische Präsident Betancourt dies auf die Formel "Regieren heißt Dialoge führen" (Moncada 1985: 212).

4 FEDECAMARAS war in den Leitungsgremien der staatlichen Entwicklungsagentur *Corporación Venezolana de Fomento* (CVF) präsent und stellte in dessen Exekutivkomitee

deutlicher Fortschritt gegenüber der bisherigen Praxis einer allenfalls persönlichen und in das Belieben des jeweiligen Ministers gestellten Einbeziehung einzelner Unternehmer in die staatlichen Entscheidungsprozesse. Als die – inzwischen durch Wahlen bestätigte – AD-Regierung durch einen erneuten Militärputsch gestürzt zu werden drohte, hat sich FEDECAMARAS derart engagiert gegen einen Putsch ausgesprochen, dass die Putschisten die Organisation erst durch Androhung ihrer Auflösung auf den Pfad der politischen Neutralität brachte (Moncada 1985: 226-228).

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung unter dem nachfolgenden Militärregime sowie dessen wirtschaftsfreundliche Rhetorik und repressive Gewerkschaftspolitik gaben den Unternehmern nach dem Putsch von 1948 wenig Anlass zur Klage. Ein deutlicher Anstieg des staatlichen Anteils am Investitionsvolumen von 31,8% (1950) auf 45,5% (1957) (Pérez Sáinz/Zarembka 1979: 11) bestätigte allerdings die alten Befürchtungen der Unternehmer, dass ein “despotischer”, nicht von gesellschaftlichen Interessen kontrollierter Staat seine aus den Öleinnahmen resultierende Dominanz dazu nutzen könnte, seine Position in der Wirtschaft auf Kosten des privaten Sektors auszudehnen und diesen zunehmend von den direkten Rententransfers abzuschneiden. Damit war der seit 1945 existierende entwicklungspolitische Konsens zwischen Staat und Unternehmern aufgekündigt. Als der Staat in der Wirtschaftskrise von 1957 auch noch seine Rechnungen schuldig blieb, gingen alle relevanten Unternehmersektoren in Opposition zum Regime (Hein 1983: 321-323), das im Januar 1958 gestürzt wurde.

Es folgte eine “paktierte” Demokratie, in der die relevanten politischen und gesellschaftlichen Akteure sich auf demokratische Spielregeln und einen begrenzten Pluralismus unter Ausschluss von radikalen Alternativen einigten (Abente 1988; Karl 1987) und dabei alles vermieden, was von den am Pakt beteiligten Gruppen als Bedrohung ihrer wesentlichen Interessen hätte verstanden werden können (Levine 1973). Teil dieses Konsenses, in dem auch die subsidiäre Rolle des Staates in der Wirtschaft erneut bekräftigt wurde, waren die großen Parteien mit Ausnahme der anfangs noch keineswegs antisystemischen Kommunistischen Partei PCV, die Kirche, das Militär, die Gewerkschaften und die Unternehmer (Purroy 1982: 247-253). Bis 1965 fiel der staatliche Anteil an den Investitionen wieder auf 25% (Pérez Sáinz/Zarembka 1979: 11), wenngleich die Beschäftigung im Staatsapparat stark

tee die Mehrheit der Mitglieder (Moncada 1985: 231-235; Hein 1983: 301), was den zunehmenden Staatsinterventionismus in den Augen der Unternehmer erträglich machte.

zunahm und die mit staatlichen Regulierungsaufgaben befassten Institutionen eine stetige Vermehrung erfuhren.

Der 1958 gefundene Konsens bezüglich der Rolle des Staates im Entwicklungsprozess und bei der Verteilung der Rente wurde im Zusammenhang mit dem Ölboom nach 1974 von der Regierung aufgekündigt. Mit einer Verdreifachung der Staatseinnahmen zwischen 1973 und 1974 und nach der Verstaatlichung der ausländischen Öl- und Stahlfirmen hatte der Staat nicht nur in seiner Funktion als Verteiler, sondern auch als Unternehmer eine derart übermächtige Rolle bekommen, dass die nun dominante etatistische Fraktion im Staatsapparat⁵ den Versuch unternahm, in einem „großen Sprung nach vorne“ das Land mithilfe eines staatskapitalistischen Konzepts in die Reihe der führenden Industrienationen zu katapultieren. Der berühmte 5. Entwicklungsplan wies dem privaten Sektor nur noch eine untergeordnete Rolle zu (República de Venezuela, Presidencia de la República 1976) und der damalige Planungsminister wurde nicht müde, die Unternehmer als unfähig und unprotestantisch-genussüchtig zu denunzieren, die zur Erfüllung ihrer historischen Mission, das heißt zur Entwicklung eines modernen Kapitalismus, nicht in der Lage seien (Rodríguez 1979). Dieses etatistische Projekt verband sich mit der Bevorzugung einer kleinen und neuen Unternehmergruppe, die im Volksmund wegen ihrer Nähe zum Herrn (dem Präsidenten) als die „12 Apostel“ bezeichnet wurde und die sich zusammen mit den beteiligten Politikern maßlos bereicherte (siehe den Beitrag von Isidoro Losada in diesem Band). Einen ähnlichen Prozess kann man auch im „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ beobachten.

Wenngleich der Planungsminister sich wegen wütender Proteste aus dem Unternehmerlager nicht lange halten konnte, kündigte der staatskapitalistische Ansatz dieser Jahre den Pakt zwischen Staat und Unternehmen auf und läutete das Ende der paktierten Demokratie ein. In den Augen des privaten Sektors war der Staat zum „allmächtigen Staat“ mutiert, dessen Regulierungswut und wirtschaftspolitischer Machtanspruch keine Grenzen mehr kannte. Dieser „despotische Staat“ stellte in seinen Augen nicht nur eine Gefahr für die unternehmerische Freiheit dar, sondern für die Demokratie überhaupt. Der „allmächtige“ bzw. „despotische“ Staat war seitdem das Feindbild des privaten Sektors (FEDECAMARAS 1982; Granier 1984). Fortan ließen sich die venezolanischen Unternehmer auf keine paktierten

5 Vor allem in den höheren Rängen der staatlichen Bürokratie wurden schon Anfang der 1960er Jahre in einer Umfrage starke etatistische Neigungen festgestellt (Centro de Estudios del Desarrollo 1967, 7: 77).

Lösungen mehr ein. Der spätere Versuch der Regierung Lusinchi, in der Krise der 1980er Jahre zusammen mit den Gewerkschaften und den Unternehmern einen Sozialpakt zu schließen, scheiterte am Widerstand der Unternehmer (Borges 1987).

Dies bedeutete nicht, dass die privaten Unternehmer vom staatlichen Rentensegen abgeschnitten worden wären, im Gegenteil: Gerade in den Jahren der Ölbonanza flossen dem privaten Sektor in Form von verbilligten Krediten, die sich im Nachhinein als verkappte Schenkungen erwiesen, da sie nicht mehr einforderbar waren, ca. 63 Mrd. US\$ zu, wobei die zahlreichen indirekten Transfers in Form von Subventionen aller Art nicht eingerechnet sind (Boeckh 1988: 644). Der Vorwurf der Unternehmer lautete daher weniger, dass man nicht genug vom Ölsegen abbekam, wenngleich es auch immer wieder Stimmen gab, die im Sinne einer kapitalistischen Rationalität einen kompletten und bedingungslosen Transfer der staatlichen Öleinnahmen an den privaten Sektor forderten (zum ersten Mal wurde diese Forderung 1944 erhoben – Moncada 1985: 188); das Problem für den privaten Sektor bestand vielmehr darin, dass sich mit der Ölpreisexplosion von 1973/74 und der Verstaatlichung des Erdölsektors und der Grundstoffindustrien das Kräfteverhältnis zwischen Staat und privatem Sektor entscheidend zugunsten des Staates verändert hatte.

Anlässlich der Unterzeichnung des Verstaatlichungsgesetzes für die Erdölindustrie hielt Präsident Carlos Andrés Pérez eine triumphale Rede, in der er die Verstaatlichung als "zweite Unabhängigkeit des Landes" bezeichnete. Allerdings enthielt die Rede auch den Satz: "Jetzt werden wir für unser Versagen keine Entschuldigung haben" (Pérez 1975: 22). Sieben Jahre nach der Verstaatlichung musste die Regierung ihre Zahlungsunfähigkeit anmelden. Dafür gab es in den Augen der Öffentlichkeit keine Entschuldigung. Der Staat hatte sich als Entwicklungsstrategie bis auf die Knochen blamiert.

Mit einem zum Teil sehr aggressiven neoliberalen Diskurs, in dem dem Markt eine geradezu mystische Verehrung erfuhr und jeder noch so geringe sozialpolitisch motivierte Transfer als Rückfall in die populistische Barbarei galt, wurde der Staat ordnungspolitisch in die Defensive gedrängt. Eine Zeit lang schien es, als sei der Marktdiskurs der Unternehmer konkurrenzlos, zumal auch die marxistische Linke in Sprachlosigkeit verfallen war. Mit der Entlassung von Planungsminister Matos Azocar 1985 und der Entmachtung des Planungsministeriums wurde diejenige Fraktion im Staatsapparat kaltgestellt, die noch einen etatistischen und distributiven Kurs bei der Bewältigung der Krise verfolgt hatte (Boeckh 1988).

Das Kräfteverhältnis zwischen privatem Sektor und Staat schien sich umgekehrt zu haben. War der private Sektor früher mit einem reichen und entwicklungspolitisch vergleichsweise autonomen Staat konfrontiert, der ihm die Rahmenbedingungen seiner Entfaltung definierte, konnte er nun versuchen, dem Staat die Regeln seiner wirtschaftlichen Betätigung zu diktieren. Damit schien die Voraussetzung für eine kapitalistische Entwicklung gegeben zu sein, in der die Bourgeoisie das zentrale Subjekt der Entwicklung sein und ihrer von der klassischen politischen Ökonomie zugewiesenen historischen Rolle gerecht werden würde.

4.3 Der Umgang mit der Rente: Strategien und Diskurse

Über die Art und Weise, wie die Öleinnahmen genutzt werden können, um auch für die Zeit nach dem Erdöl eine tragfähige Entwicklung zu gewährleisten, gab es seit Mitte der 1930er Jahre zwei konträre Positionen. Diese traten zwar in wechselnden Mischungsverhältnissen auf, hinter ihnen verbanden sich aber unterschiedliche Vorstellungen über einen adäquaten Umgang mit den Öleinnahmen und letztendlich auch divergierende Entwicklungsstrategien. Diejenige Position, die eine rein kapitalistische Nutzung der Rente annahmte, wurde 1936 erstmals in aller Klarheit von Arturo Usler Pietri in einem Aufsatz formuliert (nachgedruckt in Usler Pietri 1984), in dem er den berühmten Begriff des „das Erdöl säen“ prägte („sembrar el petroleo“). Diese Formulierung ist seitdem aus der venezolanischen Diskussion nicht mehr wegzudenken, wenngleich sie inzwischen mit sehr unterschiedlichen Inhalten gefüllt wird. Usler ging es um eine rein kapitalistische Verwendung der Öleinnahmen, die allein der Kapitalakkumulation unter der Kontrolle der Bourgeoisie dienen sollten. Der als zeitlich begrenzt eingeschätzte Ölreichtum durfte nicht für konsumtive Zwecke verschleudert werden. Er musste dazu dienen, die produktive Basis für den künftigen Reichtum des Landes zu schaffen. Staatskapitalistische Tendenzen waren zu vermeiden.

Diese Strategie sah staatliche Investitionen im Bereich der Infrastruktur, der Erziehung und des Gesundheitswesens vor, aber keine Steigerung des privaten Konsums mithilfe der Öleinnahmen. Eine konsumtive Nutzung galt Usler Pietri als parasitär und korrumpierend, da sie „[...] alle Taschen mit leichtem und fröhlichem Geld füllt und das Land dazu bringt, wie in einer täglichen Lotterieverlosung zu leben, bei der man immer nur gewinnen kann“ (Usler Pietri 1984: 116). Eine allgemeine Wohlstandssteigerung durfte es nur im Zuge der Ausdehnung der kapitalistischen Produktion und der zunehmenden Integration der arbeitenden Bevölkerung in diese geben.

Dieses Konzept der Rentennutzung ist zu Recht als "elitär" bezeichnet worden (España 1989: 87-90). Es war im Grunde nur von einem autoritären Regime mithilfe einer rigorosen Abschirmung des Staates gegen die materiellen Forderungen der Bevölkerung durchzusetzen. Die politische Partizipation der Bevölkerung konnte mit diesen Zielsetzungen nur eine begrenzte sein und sie durfte sich vor allem nicht auf die Bestimmung von Ziel und Modalitäten der Entwicklung erstrecken. Die Legitimierung dieses Konzepts lag allein in dessen ungewissem zukünftigem Erfolg und daher war dieser Ansatz politisch schwer vermittelbar.

Als sehr viel populärer und letztendlich politisch durchsetzungsfähig erwies sich ein anderes Projekt, das ein stark distributives Element enthielt. Zwar wurde die Idee einer produktiven Nutzung des Ölreichtums nicht infrage gestellt, doch ging es hier auch um eine rasche, durchaus auch entwicklungspolitisch begründete Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung. Was für Uslar Pietri auf eine Verschwendung des "natürlichen Kapitals" hinauslief, war in den Augen der ersten großen Massenpartei des Landes, der *Acción Democrática*, die Voraussetzung für eine Verbesserung des "Humankapitals", die Schaffung einer Massennachfrage für industrielle Konsumgüter und somit für eine effektive Aussaat des Erdöls (Baptista/Mommer 1987: 63). In Verbindung mit einer anti-imperialistischen Rhetorik und der Forderung nach einer durchgreifenden Demokratisierung des bis 1945 noch durch eingeschränkte politische Partizipation gekennzeichneten politischen Systems wurde dieses Projekt unwiderstehlich. Eine Demokratisierung des politischen Systems ohne eine Anhebung des Lebensstandards mithilfe der Rente wäre kaum vorstellbar gewesen, denn einer in bitterer Armut lebenden Bevölkerung ist kaum begreiflich zu machen, warum sie sich angesichts des enormen Reichtums des Landes in kalvinistischer Konsumenthaltung üben soll.

Dieses Projekt war die Grundlage für den politischen Erfolg der AD, die 1945 mit einem zivil-militärischen Putsch die Regierung Medina stürzte, deren Wirtschaftsminister Uslar Pietri gewesen war. Die Demokratisierung des politischen Systems verband sich mit einer raschen Ausweitung der Staatsausgaben vor allem bei den laufenden Ausgaben, einer Zunahme der Zahl der Staatsbediensteten, Erhöhung der Löhne nicht nur im Staatssektor, sondern auch in der übrigen Ökonomie durch eine entsprechende Gewerkschafts- und Lohnpolitik, hohe staatliche Investitionen im Gesundheits- und Erziehungssektor und schließlich mit einer relativ liberalen Importpolitik, die preiswerte Nahrungsmittel und Industriegüter ins Land ließ. Letzteres

bedeutete, dass die billigen Dollars, anders als von der vorherigen Regierung geplant, auch dem allgemeinen Konsum zugutekamen (España 1989, II; Urbaneja 1992, VI). Der neuen Regierung kam dabei entgegen, dass die Ölproduktion nach dem Krieg zunahm, die Ölpreise stiegen, und dass die Ausdehnung der Steuerhoheit auf die Ölfirmen von 1943 dem Staat einen explosionsartigen Einkommenszuwachs bescherte. Unter diesen Bedingungen konnte die Regierung simultan wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele verfolgen, die sich unter normalen Umständen ausgeschlossen hätten: Mit der Gleichzeitigkeit von rasch zunehmenden Importen⁶ und Investitionen im produktiven Bereich,⁷ wachsenden Gewinnen und Löhnen, einer raschen wirtschaftlichen Expansion und Geldwertstabilität, einer Modernisierung der Infrastruktur und dem Ausbau des Sozial- und Erziehungswesens (Betancourt 1969) ist die materielle Grundlage einer rentengestützten, populistischen Entwicklungskoalition beschrieben, die sich nach 1945 herauszubilden begann, die auch nach der Redemokratisierung von 1958 das Feld beherrschte und erst mit der Krise des Rentenmodells Anfang der 1980er Jahre langsam auseinanderbrach.

Im Zuge dieser Politik bildeten sich die von Uslar Pietri befürchteten Rentenstrukturen und ein ausgeprägtes Rentierverhalten der relevanten sozialen Akteure heraus. Das Konsumniveau lag weit über dem, was die Gesellschaft zu produzieren in der Lage war. In der Wirtschaft entstand ein dichtes Geflecht von Subventionen und staatlichen Vergünstigungen, die eine beschleunigte Industrialisierung unter den Bedingungen einer Rentenökonomie möglich machten und die die Unternehmer in staatsabhängige Rentiers verwandelten. Soziale Konflikte konnten dank der Renteneinnahmen vorwiegend integrativ gelöst werden, das heißt durch eine Mischung aus politischer Kooptation von möglichen oder tatsächlichen Gegeneliten und materiellen Transfers an Gruppen mit potentiell antisystemischen Neigungen. So entstand ein enges Netz von politischen Klientelbeziehungen.

Dies überrascht nicht und gehört zum konstitutiven Bestand einer Rentiergesellschaft. Überraschend ist hingegen, dass trotz dieser Tendenzen bis zur Ausrufung des "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" durch Hugo Chávez nie der Anspruch aufgegeben wurde, eine marktwirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben, dass die Gesellschaft trotz der zentralen Rolle des Staates als

6 Das Importvolumen lag inflationsbereinigt 1948 um das 3,5-fache über dem von 1945 (berechnet nach República de Venezuela, Ministerio de Fomento 1949: 481).

7 Die Investitionen ohne Erdöl stiegen von 1945 bis 1948 um das 2,8-fache (berechnet nach Aranda 1977, Tab. 31).

Empfänger und Verteiler der Rente ihre Autonomie gegenüber dem Staat nie völlig verlor und dass die politischen Institutionen des Landes keineswegs nur als Appendix einer alles dominierenden Exekutive zu sehen waren. Das, was für den Vorderen Orient oft und ausführlich als "Rentierstaat" beschrieben worden ist (Beblawi/Luciani 1987; Schmid 1997), hat sich in dieser Form in Venezuela bis vor Kurzem nicht herausgebildet. Erst die jüngsten Transformationen im Zuge der "sozialistischen" Umgestaltung und der Marginalisierung anderer Machtzentren geben dem Land eine zunehmende Ähnlichkeit mit einem autoritären Rentierstaat.

Das 1945 auf den Weg gebrachte und 1958 durch einen Elitepakt gewissermaßen kodifizierte Entwicklungsmodell geriet mit der Explosion der Ölpreise 1973/74 in die Krise. Nicht nur das veränderte Kräfteverhältnis zwischen Staat und privatem Sektor veranlasste den privaten Sektor dazu, aus dem Pakt auszusteigen; es lag auch nicht nur daran, dass für einige wenige Jahre ein explizit etatistisches Entwicklungsmodell verfolgt wurde. Die Krise hatte ihren Ursprung vor allem darin, dass der Staat mit dem von ihm betriebenen "großen Sprung nach vorn" überfordert war. Die Gründung immer neuer autonomer Institute, mit denen in einer Art paralleler Verwaltung die neuen Staatsaufgaben vorangetrieben werden sollten, führte in eine administrative Katastrophe. Zudem ging jeder Überblick über die Staatsfinanzen verloren, da diese Parallelverwaltungen über mehr Finanzmittel verfügten als alle Ministerien zusammen (Boeckh 1988: 642). Der Staatsbankrott von 1983 und die als Zäsur empfundene Abwertung der Landeswährung im selben Jahr waren eine unmittelbare Folge der Ölbonanza der 1970er Jahre, die den Staat völlig überforderte und aus den Fugen geraten ließ. Die Enteignung des Staates durch die Schuldenkrise deutete eine grundlegende Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen privatem Sektor und Staat an und bereitete den Boden für einen neuen entwicklungspolitischen Diskurs, in dem die Öleinnahmen und deren Verwendung vorwiegend unter kapitalistischen Gesichtspunkten diskutiert wurden.

Das neue Selbstbewusstsein des privaten Sektors äußerte sich in zahlreichen Publikationen und Konferenzen, in denen über ein Venezuela nach dem Erdöl nachgedacht wurde (*Venezuela post-petrolera*) und in denen es nicht an Vorschlägen über eine rein kapitalistische Verwendung der verbliebenen Öleinnahmen mangelte (Academia Nacional de Ciencias Económicas 1985; Castro 1984; Instituto Roraima 1985). Im Kern liefen diese Vorschläge darauf hinaus, das Öl nicht mehr als rentengenerierendes Exportgut zu betrachten, sondern als Rohstoff für eine venezolanische Industrie, die auf diese

Weise international konkurrenzfähig werden und neue Märkte besetzen würde. Gedacht war hier insbesondere an die Petrochemie. Damit sollten die Öleinnahmen auch nicht mehr für verteilungspolitische Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Mit der Kritik an der bisherigen Verwendung der Öleinnahmen und dem Staat als Entwicklungsstrategen verband sich auch ein neuer demokratischer Diskurs; das Modell der staatlichen Verteilung der Rente habe die autoritären Züge des politischen Prozesses verstärkt. Verwiesen wurde auf den weitgehenden Mangel an innerparteilicher Demokratie, auf den Personalismus und Caudillismus sowie darauf, dass der Verteilungsstaat den Bürger in einer permanenten Unmündigkeit gehalten und gleichermaßen die Herausbildung einer rationalen Form der Interessenartikulation von unten und eine an übergeordneten Entwicklungskriterien orientierte staatliche Ausgabenpolitik verhindert habe (Castro 1984).

Spätestens hier wird deutlich, dass dieser Demokratiediskurs auch und vielleicht sogar vor allem eine verteilungspolitische Stoßrichtung hatte, denn er zielte ganz offensichtlich auf die Auflösung der bisherigen Verteilungskolalition. Dies hätte einen großen Teil der Bevölkerung des materiellen Nutzens beraubt, den er bislang aus den demokratischen Verhältnissen ziehen konnte. Dass diese von den direkten und indirekten Mechanismen der Rentenverteilung profitiert hatten, zeigt allein die Tatsache, dass die Reallöhne in der Industrie zwischen 1936 und 1974 um den Faktor 1,45 schneller stiegen als die Arbeitsproduktivität. Unter normalen kapitalistischen Bedingungen ist zwischen Reallöhnen und Arbeitsproduktivität längerfristig ein Verhältnis von maximal 1:1 möglich (Baptista 1985b).

In die Kritik gerieten die sichtbaren Transfers, das heißt die Subventionen im Bereich der Nahrungsmittel und des Transports, die vor allem den Unterschichten zugutekamen. Die weitaus bedeutenderen indirekten Subventionen, etwa durch den weitgehenden Steuerverzicht des Staates, kamen nicht ins Blickfeld. Von diesen profitierten vor allem die besitzenden Klassen. 1985 beliefen sich die Transport- und Nahrungsmittelsubventionen auf 2,6 Mrd. Bolívares und waren Gegenstand heftiger Kritik, während die Transfers per Unterbesteuerung schätzungsweise 32 Mrd. Bolívares ausmachten (Mommer 1987: 39). Der wichtigste Transfermechanismus, die Unterbewertung der Landeswährung, die angesichts der hohen Importabhängigkeit von Nahrungsmitteln auch den Unterschichten zugutekam, war mit der Abwertung von 1983 für geraume Zeit weitgehend entfallen.

Mit der Abkoppelung der Unterschichten aus der Verteilungskalition kam man damals weiter als mit der Vertiefung der Demokratie (Boeckh 2005). Seit der Krise der 1980er Jahre nahm die Armut dramatisch zu und die Einkommensverteilung verschlechterte sich erheblich (Cariola et al. 1989; Isidoro Losada 2008: 147). Zugleich missglückte der angestrebte Übergang zu einem Entwicklungsmodell ohne Rente beziehungsweise zu einem bürgerlichen Entwicklungsmodell.

Die Debatte, die Mitte der 1980er Jahre über ein "Venezuela nach dem Erdöl" geführt wurde, stellte sich als voreilig heraus. Das Erdöl blieb das alles überragende Exportgut und die Öleinnahmen gingen weiterhin an den Staat, sie blieben auch nach den Preiseinbrüchen der 1980er Jahre dessen wichtigste Einnahmequelle. An der Rolle des Staates als Bezieher der Ölrente und als Verteilungsinstanz änderte sich nichts Wesentliches. Die Abhängigkeit der Gesellschaft von der staatlichen Rentenverteilung blieb bestehen; allerdings wurde angesichts der sinkenden Öleinnahmen die gesellschaftliche Konkurrenz um die Renten schärfer.

Nach dem blutigen Scheitern eines klassischen Anpassungsprogramms des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Februar 1989 hatte der Staat endgültig seine Strategiefähigkeit verloren. Es folgte eine Phase hektischer und häufiger Politikwechsel, die sich zwischen Rettungsversuchen des alten Entwicklungsmodells mit einer erneuten Überbewertung der Währung und Konsumsubventionen als Verteilungsmechanismen und einer liberalen Anpassungspolitik bewegten. Eine rapide Verarmung der Bevölkerung bis weit in die Mittelschichten hinein und eine dramatische Verschlechterung der Einkommensverteilung war während der 1990er Jahre von der zunehmenden Tendenz einiger Wirtschaftsgruppen begleitet, den Staat nach Kräften auszuplündern (DiJohn 2005: 115-117). Die Bankenkrise von 1993, die den Staat ca. 6 Mrd. US\$ gekostet und einen Wirtschaftsnotstand ausgelöst hatte, ging z.B. auf einen solchen Raubzug zurück.

5. Bolivarianismo, Chavismo, Sozialismus des 21. Jahrhunderts: Bruch oder Kontinuität?

5.1 Der politische Kollaps der alten Entwicklungskoalition

Das seit 1958 gültige Entwicklungsmodell und der dieses stützende Elitenpakt gerieten Anfang der 1980er Jahre zunehmend in die Krise, ohne dass eine Alternative sichtbar geworden wäre und ohne dass sich eine neue, tragfähige Entwicklungskoalition herausgebildet hätte. Der 1989 unternommene

Versuch einer marktliberalen Anpassung scheiterte. Zuvor hatten sich schon wesentliche Akteure aus dem Elitenpakt verabschiedet.

- Die Unternehmer waren im Zuge des kurzfristigen staatskapitalistischen Experiments Mitte der 1970er Jahre ausgeschieden und waren seitdem für paktierte Lösungen nicht mehr zu haben.
- Seit der Abwertung von 1983, bei der sie enorme Verluste erlitten hatte, versuchte die staatliche Ölgesellschaft PDVSA, sich durch Bündnisse mit internationalen Ölfirmen von der staatlichen Kontrolle zu befreien. Der alte Konflikt zwischen den internationalen Ölfirmen und dem venezolanischen Staat über die Rentenzahlungen fand seine Fortsetzung in einem ähnlich gelagerten Konflikt zwischen der staatlichen Ölgesellschaft und den Staat. Dieser verlor zunehmend den Überblick und war zu einer effektiven Kontrolle der Firma nicht mehr in der Lage (Mommer 2003). Die PDVSA vertrat zumindest nach außen hin eine kapitalistische Logik,⁸ wohingegen der Staat an einer Rentenmaximierung interessiert war. Dieser Konflikt wurde erst 2003 von der Regierung Chávez zugunsten des Staates entschieden, nachdem der von der staatlichen Ölfirma getragene Streik gegen die Regierung zusammengebrochen war.
- Die Gewerkschaften als weitere Säule der alten Entwicklungscoalition waren mit der Krise der 1980er Jahre selbst in die Krise geraten (siehe den Beitrag von Díaz/Schütt in diesem Band). Angesichts zahlloser Korruptionsskandale und ihrer engen Verknüpfung mit der AD konnten sie dem alten Entwicklungsmodell kaum noch Legitimität verleihen.
- Die zwei missglückten Putschversuche des Jahres 1992 machten deutlich, dass auch das Militär sich in Teilen aus dem Elitenpakt verabschiedet hatte.
- Die großen Parteien, die sich die Macht geteilt hatten, waren nicht mehr in der Lage, aus der Krise des rentenabhängigen Entwicklungsmodells einen Ausweg zu finden. Schon mit der Wahl von 1993 deutete sich das Ende ihrer politischen Hegemonie an. Bei den darauffolgenden Wahlen im Jahr 1998 stellten sich nicht einmal mehr eigene Präsidentschaftskandidaten auf (Boeckh 2005).

8 Das von der staatlichen Ölfirma nach außen projizierte Image der kapitalistischen Effizienz war allerdings schon lange vor 2003 eine Chimäre. Dieses Image konnte nur deshalb so lange aufrechterhalten werden, weil andere Teile des Staatsapparates sich durch eine weitaus größere Ineffizienz auszeichneten.

Mit anderen Worten: Erstens war das alte Entwicklungsmodell genauso gescheitert wie die Versuche, dieses durch eine marktliberale Anpassung in ein kapitalistisches zu überführen. Zweitens hatte sich parallel dazu die alte Entwicklungskoalition aufgelöst, ohne dass neue, strategiefähige politische Akteure auf der Bildfläche erschienen wären. Das Land befand sich in einer profunden Krise. Der Legitimationsverlust der etablierten Parteien im Laufe der 1990er Jahre reflektierte diese Situation und machte zugleich für eine radikale politische Alternative Platz, die das bisherige System von außen in Frage stellte und sich als Ausweg aus der Krise empfahl.

5.2 Die Dynamik der Transformationen

Dies ist nicht der Ort, um die verschiedenen Stationen der politischen Veränderungen in Venezuela nach der Wahl von Hugo Chávez im Jahre 1998 nachzuvollziehen (hierzu siehe die Beiträge von López Maya, Ivo Hernández und Welsch in diesem Band). Was zunächst auf eine politische Transformation (neue Verfassung von 1999) und die Marginalisierung der alten Eliten hinauszulaufen schien, erhob bald den Anspruch, ein gesellschaftspolitisches Modell darzustellen, das sich von den vorausgegangenen deutlich unterscheiden sollte. Angesichts einer oft überbordenden Rhetorik in offiziellen Verlautbarungen und einer durchgängigen Vagheit bei der inhaltlichen Konkretisierung dessen, was mit „Chavismo“, „Bolivarianismo“ und der „Ersten Revolution des 21. Jahrhunderts“ bzw. dem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ gemeint sein könnte, fällt es schwer, die Konturen des sozioökonomischen Projektes des Chavismo zu bestimmen (Boeckh/Graf 2005). Möglicherweise würde ein solcher Versuch auch nicht dem gerecht werden, was sich in Venezuela an Veränderungen tatsächlich abspielt, da es so etwas wie ein kohärentes Konzept unterstellt, eine Art *master plan*, der schrittweise umgesetzt wird. Manches spricht dafür, dass die Regierung zunächst sehr flexibel und situationsbezogen gehandelt hat.

Folgende Beobachtungen lassen sich dennoch machen: Man kann über die Jahre eine Radikalisierung der Rhetorik beobachten, die offenkundig mit den steigenden Öleinnahmen und den damit zunehmenden Handlungsspielräumen einhergeht. In der ersten Phase konzentrierte sich die Regierung stark auf die politischen Transformationen und beschränkte ihre Sozialpolitik im Wesentlichen auf den spektakulären, aber immer noch vorwiegend assistenzialistisch ausgerichteten „Plan Bolívar 2000“. Mit dem Erlass von 47 weitreichenden Gesetzen, so etwa dem Erdölgesetz, dem Landreformgesetz und dem Fischereigesetz im Rahmen der von der Nationalversammlung

gewährten, zeitlich befristeten Gesetzgebungsvollmacht, wurde dann eine wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzung zugunsten der Kleinproduzenten sichtbar (Fischereigesetz, Landreformgesetz). Dieser Politikwandel vollzog sich unter Ausschluss derer, die bisher die Wirtschaftspolitik bestimmt hatten. Anders als früher besetzten nicht mehr Vertreter der Wirtschaftsverbände das Wirtschafts- und Finanzministerium. Angesichts der gerade während der Krise der 1990er Jahre zunehmenden Tendenz einiger Wirtschaftsgruppen, den Staat nach Kräften auszuplündern, angesichts einer rapiden Verarmung weiter Teile der Bevölkerung und angesichts der sich im selben Zeitraum dramatisch verschlechternden Einkommensverteilung (DiJohn 2005: 115-117) konnte man diesen Politikwechsel als notwendige und überfällige Korrektur betrachten, nicht aber unbedingt als Revolution. Dass die Sozialpolitik in Anbetracht der dürftigen sozialen Resultate der Anpassungspolitiken der 1990er Jahre einen neuen Stellenwert bekommen müsse, ist eine Einsicht, die auch andere linke Regierungen in Lateinamerika teilen.

Um die materiellen Voraussetzungen für weitergehende Programme zu schaffen, musste die Regierung die OPEC wieder auf eine Politik der Rentenmaximierung einschwören und die zum Staat im Staat mutierte staatliche Ölgesellschaft PDVSA unter ihre Kontrolle bringen. Beides ist ihr gelungen, wenngleich Letzteres mit einem hohen Preis verbunden war: Beim Generalstreik betrieb die Opposition bei ihrem Kampf um die Kontrolle der Ölgesellschaft eine Art "Politik der verbrannten Erde", bei der Produktionskapazitäten dauerhaft zerstört wurden (Mommer 2003). Die Entlassung von 17.000 Mitarbeitern der PDVSA nach dem Streik bedeutete zudem einen erheblichen Aderlass an Personal, das kaum auf die Schnelle wieder mit einigermaßen kompetenten Leuten ersetzt werden konnte. Erst nachdem dieser Schritt vollzogen war und nachdem der Ölpreis nach oben schnellte, ließ sich eine Radikalisierung der Transformationsrhetorik beobachten. Nun war vom "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" die Rede, während sich die Regierung zuvor keineswegs zum Sozialismus, egal welcher Couleur, bekannt hatte. Dieser Sozialismus sollte anders sein als der gescheiterte des 20. Jahrhunderts, wobei allerdings nie ganz klar war, wo genau man sich unterscheiden wollte. Die Mahnung nachdenklicher Chavisten, erst die Ursachen des Scheiterns des alten Sozialismus zu analysieren, bevor man sich auf eine neue Variante einlässt, die sich dann doch als die alte herausstellen könnte, verhallte ungehört (Lander 2007).

5.3 Bruch oder Kontinuität?

An dieser Stelle soll noch einmal die Frage aufgegriffen werden, inwieweit die gegenwärtigen Transformationen in der Tradition bisheriger Politikmuster stehen bzw. inwieweit sie einen tatsächlichen Bruch mit der Vergangenheit darstellen. Auf der rhetorischen Ebene können wir in der Tat etwas Neues beobachten: Der Anspruch, mithilfe der Rente eine kapitalistische Gesellschaft zu schaffen, ist aufgegeben und durch den Sozialismus als Zielkoordinate ersetzt worden. Bei näherem Hinsehen scheint sich aber heute ein ähnlicher Prozess abzuspielen wie in der staatskapitalistischen Phase nach 1974. Neben einer staatlichen Bürokratie, die sich durch die Ausdehnung des Staatssektors ihre eigene materielle Grundlage schafft und dabei immens anwächst,⁹ hat sich auch unter dem gegenwärtigen Regime eine neue Unternehmerschicht etabliert, die sich durch die enorm angestiegenen Staatsausgaben bereichert und die man heute als “Bolibourgeoisie” bezeichnet. Deren Neigung zum demonstrativen Luxuskonsum ist in Venezuela inzwischen schon sprichwörtlich und hat auch hin und wieder die Kritik des Präsidenten provoziert.

Trotz der sozialistischen Rhetorik scheint sich auch am Verteilungsmodus bei der Ölrente gegenüber der Zeit vor 1980 nicht viel verändert zu haben. Der Gerechtigkeitsdiskurs der AD-Regierung nach 1945 hatte durchaus Ähnlichkeiten mit dem der heutigen Regierung. Nicht zuletzt wegen ihrer ausgreifenden Rhetorik waren die zwischen 1945 und 1948 von der AD dominierten Regierungen in den USA unter Kommunismusverdacht geraten. Damals wie heute waren verteilungspolitische Korrekturen angesagt, die die sozialpolitischen Defizite der vorausgegangenen Epoche korrigieren sollten.

Betrachtet man die in Absatz 2 skizzierten Verteilungsmodi bei der Ölrente, dann ergibt sich folgendes Bild:

- Nach wie vor konzentrieren sich die Debatte und der Regierungsdiskurs auf die Staatsausgaben und hier vor allem auf die Sozialausgaben. Trotz der inzwischen gigantischen Korruption, die im internationalen Vergleich Spitzenwerte einnimmt (Transparency International 2009) und die auch von Anhängern des Regimes selbst beklagt und als systembedrohend angesehen wird (Chaderton Matos 2009) und trotz des völligen Mangels an Transparenz gerade bei den Sozialausgaben, die, sofern sie

⁹ Die Beschäftigung im öffentlichen Sektor hat zwar noch nicht das Niveau früherer Jahre erreicht, ist aber auf dem Weg dorthin. 1999 belief sie sich auf 21,4% der Beschäftigten, 1999 auf 14,9% und 2007 auf 17% (CEPAL 2008: 237).

unmittelbar über die staatliche Ölgesellschaft finanziert werden, keinerlei Haushaltskontrolle unterliegen, sind die Sozialausgaben vor allem nach 2003 stark angestiegen. Die Nachhaltigkeit dieser Programme ist allerdings nicht als besonders hoch einzuschätzen, nachdem es sich gezeigt hat, dass selbst das Paradestück im Bereich der Gesundheitspolitik (*Barrio Adentro*) nach wenigen Jahren schon kurz vor dem Scheitern stand. Von außen ist schwer zu beurteilen, welches der Programme funktioniert und welches nicht, zumal es keinerlei nachprüfbare Erfolgskontrolle gibt. In jedem Fall stellt das administrative Chaos im Bereich Sozialpolitik eine erhebliche Effizienzbremse dar und es könnte dazu führen, dass vieles auf mittlere und lange Sicht wirkungslos verpuffen wird. Gleichwohl kann man festhalten, dass dort, wo die Ölrente sichtbar verteilt wird, das heißt bei den Staatsausgaben, eine Korrektur zugunsten der Schichten stattgefunden hat, die in der Krise nach 1983 aus der Verteilungskollektion ausgeschlossen worden sind.

- Wie in Absatz 2 gezeigt wurde, wird über die Staatsausgaben keineswegs der größte Teil der Ölrente verteilt. Ein wichtiger Mechanismus ist die Steuerpolitik, bei der trotz aller Probleme bei der Datenbeschaffung¹⁰ kein signifikanter Wandel gegenüber früher festzustellen ist. Die Steuerquote ist nach wie vor sehr niedrig, wenngleich sie gegenüber früher geringfügig angestiegen zu sein scheint: 2008 lag sie bei 13,5% des Bruttoinlandsprodukts gegenüber 9% im Jahre 1980 und damit nach wie vor deutlich unter dem ohnehin schon niedrigen lateinamerikanischen Durchschnitt (CEPAL 2009: 179). Die persönliche Einkommenssteuer liegt mit ihrem Höchstsatz von 34% zwar im oberen Bereich, spielt aber im Vergleich zur Einkommenssteuer aus dem extraktiven Bereich nur eine untergeordnete Rolle (Jiménez/Gómez Sabaini/Potestá 2010: 39) und trägt gerade mal 4,8% zum gesamten Steueraufkommen bei (Jiménez/Gómez Sabaini/Potestá 2010: 294). Inwieweit die mit großem Propagandaufwand betriebene Bekämpfung der Steuerhinterziehung wirklich von Erfolg gekrönt war, lässt sich nicht feststellen. Selbst ein so bescheidener Versuch, mithilfe einer Sondersteuer auf den Import von Luxusautos korrigierend einzugreifen, ist gescheitert (Ellner 2010a: 88). In anderen Worten: der indirekte (und wenig diskutierte)¹¹ Transfer der

10 Der Statistik-Link auf der Seite der venezolanischen Steuerbehörde ist blockiert (<www.seniat.gob.ve/portal/page/portal/PORTAL_SENIAT>; 09.05.2010).

11 Aus dem linken Lager sind allerdings – im Stile der Denunzierung – kritische Stimmen zu hören, die auf die geringe Steuerlast der besitzenden Schichten verweisen und eine

Ölrente an die besitzenden Schichten durch deren Unterbesteuerung ist nach wie vor sehr hoch, wenngleich es aufgrund der Datenlage kaum möglich sein wird, diesen genau zu beziffern.

- Wie andere Regierungen zuvor hat auch die Regierung Chávez so lange wie möglich versucht, an der Überbewertung der Landeswährung festzuhalten, nachdem die Importabhängigkeit gerade auch bei Nahrungsmitteln in den letzten Jahren noch gestiegen ist. Nach der dann doch nicht mehr vermeidbaren Abwertung im Januar 2010 war die Regierung bemüht, die negative Verteilungswirkung durch Preiskontrollen zu begrenzen. Preiskontrollen sind aber auf Dauer kein Mittel der Preisstabilisierung, da sie früher oder später zur Verknappung der kontrollierten Güter führt. Man wird daher davon ausgehen müssen, dass die Abwertung die Verteilung der Rente zugunsten der unteren Einkommensgruppen reduzieren wird.

Es ist schwer zu sagen, wie sich die verschiedenen Mechanismen der Rentenverteilung tatsächlich auswirken.¹² Laut Regierungsangaben ist die Zahl der in Armut lebenden Haushalte von 42% in 1999 auf 55,1% in 2003 angestiegen, was zum guten Teil auf den Streik und die damit verbundene Rezession des vorausgegangenen Jahres zurückgeführt werden kann,¹³ um dann bis 2007 auf 27,5% zu fallen. Der Anteil der in absoluter Armut lebenden Haushalte ist von 16,9% (1999) auf 25,0% (2003) angestiegen und bis 2007 auf 7,6% gefallen. Man kann vermuten, dass die hohe Inflation gerade bei Nahrungsmitteln und die Abwertung vom Januar 2010 den Trend umgekehrt haben dürften, wenngleich die Regierungsstatistiken auch noch für 2009 fallende Armutszahlen ausweisen (INE 2010a).¹⁴ Trotz einer gewissen Erholung nach den streikbedingten Einbrüchen 2002/2003 haben die Reallöhne in Venezuela noch lange nicht das Niveau von 2000 erreicht; seit 2009 sinken sie wieder (CEPAL 2009: 174).

Kontinuität zur sogenannten 4. Republik andeuten (Hernández Parra 2006; Britto García 2005).

12 Hierzu siehe die Kontroverse zwischen Rodríguez (2008) und Weisbrot/Ray/Sandoval (2009).

13 Der Machtkampf der Opposition gegen die Regierung Chávez ist eindeutig auf dem Rücken der armen Bevölkerung ausgetragen worden, was dieser wohl nicht verborgen geblieben ist.

14 Die Qualität der statistischen Erhebungen hat seit den 1980er Jahren deutlich nachgelassen und die politisch sensiblen Daten standen schon immer unter Manipulationsverdacht. Bei den neueren Daten der staatlichen Statistikbehörde INE stößt man nicht nur bei den Sozialstatistiken immer wieder auf erhebliche Konsistenzprobleme.

Mit ihrer Sozialpolitik bewegt sich die Regierung Chávez im Rahmen der seit 1945 zu beobachtenden Zyklen. 1945 und 1998 ging der Elitenwechsel mit einer Änderung der Rentennutzung und -verteilung einher (zum Elitenwandel siehe den Beitrag von Isidoro Losada). Die neue und expansive Sozialpolitik diente jeweils der politischen Legitimierung der neuen Eliten und war die Grundlage eines extensiven Staatsklientelismus. Dieser war unter dem alten Regime korporatistisch organisiert. Nach dem weitgehenden Bedeutungsverlust intermediärer Organisationen im Laufe der 1990er Jahre hatte das chavistische Regime Schwierigkeiten, eine ihm adäquate Organisationsform zu finden, was sich in dem häufigen Wechsel von gesellschaftlichen Organisationen niederschlug, mit dem sich das Regime seine eigene "Zivilgesellschaft" zu schaffen suchte (siehe auch den Beitrag von Gómez Calcaño in diesem Band).

Seit 1936 ist es ein durchgängiges Ziel aller Regierungen, dass die Nutzung der Öleinnahmen langfristig eine Entwicklung ohne Öl ermöglichen müsse. Auch die gegenwärtige Regierung proklamiert dieses Ziel, das in Anlehnung an Konzepte der 1970er Jahre als endogene Entwicklung verstanden wird, die sich aus den Produktionspotenzialen der eigenen Gesellschaft speisen soll (siehe auch die Beiträge von Burchardt und Zelik in diesem Band). Die Gefahren einer hohen Importabhängigkeit einer Rentenökonomie wurden und werden gesehen; die Debatte um die sogenannte "holländische Krankheit" wird auch in Venezuela geführt (Giordani 2004).

Allerdings ist es weder den bisherigen noch der gegenwärtigen Regierung auch nur ansatzweise gelungen, die Importabhängigkeit zu verringern; in der Phase der importsubstituierenden Entwicklung hat sie sich im Bereich der Industrie von Konsumgütern hin zu Kapitalgütern verlagert. Die Versuche, nach der Krise von 1983 die vorhandenen Industrien international konkurrenzfähig zu machen, waren weitgehend erfolglos, woraufhin die Regierung nach 1998 erneut auf protektionistische Konzepte setzte. Ein Blick auf die Außenhandelsstatistiken zeigt jedoch, dass die Importabhängigkeit mitnichten abgenommen hat, im Gegenteil: Die steigenden Ölpreise haben seit 2003 erneut einen enormen Importsog ausgelöst (INE 2010b); zwischen 2003 und 2008 stiegen die Importe um das 5,4-fache. Die Binnenproduktion ist im Vergleich dazu nur sehr gering gestiegen, was einer besseren Kapazitätsauslastung zuzuschreiben ist, nicht aber neuen Investitionen des privaten Sektors (Ellner 2010a: 89). Auch das seit den 1970er Jahren verfolgte Ziel, durch entsprechende Fördermaßnahmen die Eigenversorgung bei den Nahrungsmitteln zu erhöhen, hat sich in sein Gegenteil verkehrt (siehe auch den

Beitrag von Juan Luis Hernández in diesem Band). Von einer irgendwie gearteten "endogenen Entwicklung" ist man weiter denn je entfernt. Es scheint, dass unabhängig von den jeweiligen Etiketten und proklamierten Zielen die Logik einer rentenabhängigen Entwicklung obsiegt. Es kann zwar kein Zweifel daran bestehen, dass vom Erdöl viel als Investitionen "ausgesät" worden ist, doch hat dies das Land nicht von der Abhängigkeit von der Rente befreit.

Mit der Art, wie die Regierungsprogramme implementiert werden, befindet sich das gegenwärtige Regime ebenfalls auf geradezu fatale Weise in Kontinuität zur Vergangenheit. Ähnlich wie in der Boomphase ab Mitte der 1970er Jahre werden viele ökonomische und soziale Programme an den bestehenden Strukturen vorbei implementiert. Die offenkundige administrative Inkompetenz vieler Ministerien dient als Anlass, an diesen vorbei Parallelstrukturen zu schaffen, mit denen man rasche Resultate zu erzielen hofft. Hinzu kommt die Neigung, institutionelle Lösungen zu vermeiden und stattdessen neue Programme mit großem Theaterdonner als Drama zu inszenieren, bei dem der Präsident unweigerlich die Hauptrolle spielt. Auf diese Weise unterbleibt die dringend benötigte Reform des Staatsapparates, der vielmehr in immer neuen Kombinationen und ministeriellen Fragmentierungen sowie einem atemberaubenden Personalkarussell in den Spitzenpositionen weiter an Transparenz und Kompetenz verliert.

In den 1980er Jahren endete dies in einem hoffnungslosen administrativen Chaos, einer gigantischen Verschwendung von Ressourcen und im Staatsbankrott. Mit einem maroden Staatsapparat den Anspruch einer gesamtwirtschaftlichen, sozialistischen Steuerung der Wirtschaft durchzusetzen, dürfte diese Probleme noch potenzieren (zur Verwaltung siehe den Beitrag von Azcargorta/Paulus in diesem Band). Die sozialistische Programmatik zeigt da, wo sie den Bereich der Rhetorik verlässt, starke Ähnlichkeiten mit dem real existierenden Sozialismus vergangener Tage. Im Konflikt zwischen einem eher idealistischen und auf partizipative Elemente setzenden Konzept (siehe den Beitrag von Zelik in diesem Band) und einem autoritären Funktionärssozialismus scheint sich Letzterer durchzusetzen, nachdem die Versuche gescheitert sind, die sozialistische Produktion über Kooperativen beziehungsweise in Form der Arbeiterselbstverwaltung zu steuern (Ellner 2010b). Der Funktionärssozialismus ist in anderen Regionen dieser Welt bekanntlich nicht an seinem eigenen Erfolg zugrunde gegangen.

Alternative Machtzentren, wie sie in föderalen Strukturen beschlossen liegen, werden systematisch beseitigt (Azcargorta/Paulus in diesem Band;

Boeckh 2010) und durch eine verfassungswidrige Wahlrechtsreform wird der noch existierende politische Pluralismus stark eingeschränkt.¹⁵ Man kann nicht mehr ausschließen, dass die besondere Verbindung von Demokratie und Rente, die im Hinblick auf die Debatte um den Rentierstaat eine Art venezolanischer Sonderweg war, an ihre Grenze gestoßen ist und dass sich das Land der politischen Normalität eines autoritären Rentierstaats annähert.

Literaturverzeichnis

- Abente, Diego (1988): "Politics and Policies: The Limits of the Venezuelan Consociational Regime". In: Herman, Donald L. (Hrsg.): *Democracy in Latin America: Colombia and Venezuela*. New York/London, S. 133-154.
- Academia Nacional de Ciencias Económicas (Hrsg.) 1985: *El futuro como historia: ¿Hacia la Venezuela postpetrolera?* Caracas.
- Aranda, Sergio (1977): *La economía venezolana*. México, D.F.
- Baptista, Asdrúbal (1985a): "El estado y el petróleo". In: Fundación Universidad Metropolitana (Hrsg.): *Apreciación del proceso histórico venezolano*. Caracas, S. 103-137.
- (1985b): *La dinámica de la economía venezolana: una apreciación analítica*. Caracas.
- (2006): *Venezuela y América del Sur. El Petróleo como vínculo económico y político*. Caracas.
- Baptista, Asdrúbal/Mommer, Bernard (1987): *El petrolero en el pensamiento económico venezolano. Un ensayo*. Caracas.
- Beblawi, Hazem/Luciani, Giacomo (Hrsg.) (1987): *The Rentier State*. London/New York/Sydney.
- Betancourt, Romulo (1969): *Venezuela. Política y petróleo*. Caracas.
- Boeckh, Andreas (1988): "Die Schuldenkrise und die Krise des bürokratischen Entwicklungsstaates in Venezuela". In: *Politische Vierteljahresschrift*, 29, 4, S. 636.
- (1997): "Venezuela: Die schmerzvolle Transformation eines Erdöllandes". In: Boeckh, Andreas/Pawelka, Peter (Hrsg.): *Staat, Markt und Rente in der internationalen Politik*. Opladen, S. 285-315.
- (2003): "The Painful Transition of a Rentier State: Globalization and Neopopulist Regression in Venezuela". In: Barrios, Harald/Beck, Martin/Boeckh, Andreas/Segbers, Klaus (Hrsg.): *Resistance to Globalization. Political Struggle and Cultural Resilience in the Middle East, Russia, and Latin America*. Münster, S. 142-157.
- (2005): "'Sozialismus' des 21. Jahrhunderts? Das venezolanische Reformprojekt von Hugo Chávez". In: *Jahrbuch Lateinamerika. Analysen und Berichte*, 29, S. 74-95.

15 Das von der Verfassung vorgeschriebene Verhältniswahlrecht wurde per Gesetz durch ein radikales Mehrheitswahlrecht ersetzt, das es der Regierung ermöglicht, auch bei einer Wahlniederlage bei den Parlamentswahlen die absolute Mehrheit zu bewahren. Außerdem erhielt die Nationale Wahlbehörde das Recht erhalten, Wahlkreise neu zuzuschneiden.

- (2010): “Venezuela: der verkappte Zentralstaat”. In: *Jahrbuch des Föderalismus 2010*, S. 359-372.
- Boeckh, Andreas/Graf, Patricia (2005): “Der Comandante in seinem Labyrinth: Das bolivari-sche Gedankengut von Hugo Chávez”. In: Sevilla, Rafael/Boeckh, Andreas (Hrsg.): *Venezuela. Die bolivari-sche Republik*. Bad Honnef, S. 81-105.
- Boeckh, Andreas/Hörmann, Marion (³1992): “Venezuela”. In: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Handbuch der Dritten Welt*. Bd. 2: *Südamerika*. Bonn, S. 510-536.
- Borges, Welkis A. (1987): “Implicaciones políticas de la crisis: Las contracciones CTV-FEDECAMARAS”. In: Ramos Jiménez, Alfredo (Hrsg.): *Venezuela. Un sistema político en crisis*. Mérida, S. 39-76.
- Briceño León, Roberto (1985): *La crisis del subdesarrollo opulento*. Caracas.
- Britto García, Luis (2005): *Quienes pagan y quienes no pagan impuestos en Venezuela* (<www.apporea.org/ddhh/a13450.html>; 05.05.2010).
- Cariola, Cecilia et al. (1989): *Crisis, sobrevivencia y sector informal*. Caracas.
- Castro J., Alfredo (Hrsg.) (1984): *1984: ¿A dónde va Venezuela?* Caracas.
- Centro de Estudios del Desarrollo (1967): *Estudio de conflictos y consenso*. 15 Bde. Caracas.
- CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe) (2008): *Panorama Social de América Latina 2008*. Santiago de Chile.
- (2009): *Balance preliminar de las economías de América Latina y el Caribe 2009*. Santiago de Chile.
- Chaderton Matos, Roy (2009): “¿Y si perdiéramos las elecciones...?”. In: *Ojo Peleao* (<www.ojopelao.com/opinion/opinion/8599-roy-chaderton-matos-iy-si-perdieramos-las-elecciones.html>; 07.03.2010).
- DiJohn, Jonathan (2005): “Economic Liberalization, Political Instability, and State Capacity in Venezuela”. In: *International Political Science Review*, 26, 1, S. 107-124.
- Ellner, Steve (2010a): “Hugo Chávez’s First Decade in Office. Breakthroughs and Shortcomings”. In: *Latin American Perspectives*, 37, 1, S. 77-96.
- (2010b): “The Perennial Debate over Socialist Goals Played Out in Venezuela”. In: *Science & Society*, 74, 1, S. 63-84.
- España, Luis Pedro (1989): *Democracia y renta petrolera*. Caracas.
- FEDECAMARAS (Federación Venezolana de Cámaras y Asociaciones de Comercio y Producción) (1982): *Asamblea Anual XXXVIII. Informe Final*. 2 Bde. Mérida.
- Giordani, Jorge (2004): *Hacia una Venezuela Productiva*. Caracas.
- Granier, Marcel (1984): *La generación de relevo vs. el estado omnipotente*. Caracas.
- Hein, Wolfgang (1983): *Weltmarktabhängigkeit und Entwicklung in einem Erdölland: das Beispiel Venezuela (1958-1967)*. Stuttgart.
- Hernández Parra, Pablo (2006): *Revolución y Tributo. La cara oculta del SENIAT y su plan “Evasión Cero”* (<www.soberania.org/Articulos/articulo_2576.htm>; 09.05.2010).
- INE (Instituto Nacional de Estadística) (2010a): <www.ine.gov.ve/pobreza/HogaresPobres_linea.asp> (21.05.2010).
- (2010b): <www.ine.gov.ve/comercio/CuadroComercioImport.asp?Codigo=Importacion> (05.05.2010).

- Instituto Roraima (1985): *Propocisión al Pais. Proyecto Roraima, Plan de Acción*. Caracas.
- Isbell, Paul (2007): *Hugo Chávez and the Future of Venezuelan Oil (I): The Resurgence of Energy Nationalism*. Real Instituto Elcano de Estudios Internacionales y Estratégicos (International Economy and Trade). Madrid.
- Isidoro Losada, Ana María (2008): "Venezuela: Der bolivarianische Prozess und die Demokratie". In: *Lateinamerika Analysen*, 20, 2, S. 141-163.
- Jiménez, Juan Pablo/Gómez Sabaini, Juan Carlos/Potestá, Andrea (Hrsg.) (2010): *Evación y equidad en América Latina*. Santiago de Chile (<www.cepal.cl/publicaciones/xml/8/38398/EvasionEquidad_final.pdf>; 23.02.2010).
- Karl, Terry Lynn (1987): "Petroleum and Political Pacts: The Transition to Democracy in Venezuela, 1958". In: *Latin American Research Review*, 22, 1, S. 63-94.
- (1997): *The Paradox of Plenty. Oil-Booms and Petro-States*. Berkeley.
- Lander, Edgardo (2007): *Contribución a la crítica del proyecto de Reforma Constitucional en Venezuela*. (Sin Permiso – artículos en la WEB) (<www.sinpermiso.info/Textos/index.php?id=1512>; 30.11.2007).
- Levine, Daniel H. (1973): *Conflict and Political Change in Venezuela*. Princeton.
- López, Odalis (2001): "La 'enfermedad holandesa' y la economía venezolana: El período 1973-1982 y el colapso del 'capitalismo rentístico'". In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 7, 2, S. 67-107.
- López Maya, Margarita/Lander, Luis E. (2009): "El socialismo rentista de Venezuela ante la caída de los precios petroleros internacionales". In: *Cuadernos del CENDES*, 26, 71, S. 67-87.
- Malthus, Thomas Robert (2006): *Principles of Political Economy Considered with a View to their Practical Application*. Saarbrücken.
- McBeth, Brian S. (1983): *Juan Vicente Gómez and the Oil Companies in Venezuela, 1908-1935*. Cambridge.
- Mommer, Bernard (1983): *Die Ölfrage*. Baden-Baden.
- (1987): *La distribución de la renta petrolera. El desarrollo del capitalismo rentístico venezolano*. Caracas.
- (2003): "Subversive Oil". In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (Hrsg.): *Venezuelan Politics in the Chávez Era*. London/Colorado, S. 131-146.
- Moncada, Samuel (1985): *Los huevos de la serpiente. FEDECAMARAS por dentro*. Caracas.
- Pérez, Carlos Andrés (1975): *Einem großen Venezuela entgegen. Rede des Präsidenten anlässlich der Verstaatlichung des Erdöls*. Caracas.
- Pérez Alfonzo, Juan Pablo (1976): *Hundiedonos en el excremento del diablo*. Caracas.
- Pérez Sáinz, Juan Pablo/Zarembka, Paul (1979): "Accumulation and the State in Venezuelan Industrialization". In: *Latin American Perspectives*, 6, 3, S. 5-29.
- Purroy, Miguel Ignacio (1982): *Estado e industrialización en Venezuela*. Caracas.
- República de Venezuela, Ministerio de Fomento (1949): *Anuario Estadístico 1949*. Caracas.
- República de Venezuela, Presidencia de la República (1976): "V. Plan de la Nación". In: *Gaceta Oficial de la República de Venezuela*. Sonderheft Nr. 6. Caracas.

- Rivas Aguilar, Ramón (1987): "Intervención del estado y formación del sector privado en Venezuela". In: Ramos Jiménez, Alfredo (Hrsg.): *Venezuela. Un sistema político en crisis*. Merida, S. 207-240.
- Rodriguez, Francisco (2008) "An Empty Revolution: The Unfulfilled Promises of Hugo Chávez". In: *Foreign Affairs*, 87, 2, S. 49-62.
- Rodríguez, Gumersindo (1979): *El nuevo de desarrollo venezolano*. Caracas.
- Roseberry, William (1983): *Coffee and Capitalism in the Venezuelan Andes*. Austin.
- Schmid, Claudia (1997): "Rente und Rentier-Staat: Ein Beitrag zur Theoriengeschichte". In: Boeckh, Andreas/Pawelka, Peter (Hrsg.): *Staat, Markt und Rente in der internationalen Politik*. Opladen, S. 28-50.
- Transparency International (2009): *Corruption Perception Index 2008* (<www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.1237.0.html>; 25.10.2009).
- Urbaneja, Diego Bautista (1992): *Pueblo y Petroleo en la Política Venezolana del Siglo xx*. Caracas.
- Uslar Pietri, Arturo (1984): *Venezuela en el petroleo*. Caracas.
- Weisbrot, Mark/Ray, Rebecca/Sandoval, Luis (2009): *The Chávez Administration at 10 Years: The Economy and Social Indicators*. Washington, D.C. (<www.cepr.net/documents/publications/venezuela-2009-02.pdf>; 20.12.2010).
- Werz, Nikolaus (2009): "Venezuela: Das Ölland in der Wirtschaftskrise". In: *Nueva Sociedad*. Sonderheft, S. 163-178.